

Pränumerations - Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig . . . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	3 „ — „
Vierteljährig . . . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . . . .	— „ 50 „

Mit der Post:

Ganzjährig . . . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . . . .	2 „ 25 „

Für Anstehung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

# Laibacher

# Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 32

Expedition und Druckerei:

Bureau:

Kongressplatz Nr. 61 (Euch. Anstalt) von J. v. Kleinmadr & S. Damböck.

Insertionspreise:

Für die einseitige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr.

Insertionskremel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 16.

Donnerstag, 21. Jänner. — Morgen: Vincenz.

1869.

## Glossen zum Gemeindegesetze.

II.

y. Der § 4 des Gemeindegesetzes bedarf einer Ergänzung. Es ist in demselben offenbar nicht auf den Fall gedacht, wenn ein Gemeindevorsteher die Ausschussversammlung, ohne daran verhindert zu sein, nicht einberuft, wie es ihm im Gesetzeswege vorgeschrieben ist, auch wenn der Ausschuss oder die politische Bezirksbehörde die Einberufung verlangte.

Der § lautet:

„Der Ausschuss tritt nach Maßgabe des Bedürfnisses, wenigstens aber in jedem Vierteljahre einmal zusammen.“

Die Berufung zu einer Versammlung erfolgt durch den Gemeindevorsteher oder in Verhinderung desselben durch dessen Stellvertreter.

Jede Versammlung, der eine solche Berufung nicht zu Grunde liegt, ist ungesetzlich, und es sind die gefassten Beschlüsse ungültig.

Der Gemeindevorsteher muß den Ausschuss berufen, wenn es wenigstens von einem Drittheile der Mitglieder, oder von der politischen Bezirksbehörde, oder in einer den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde betreffenden Angelegenheit von dem Landesauschusse verlangt wird.“

Wer diesen § liest, wird unwillkürlich der Ansicht sein, daß er einerseits genügend gegen selbstherrliche Willkür von Gemeindevorstehern schützt, welche den Ausschuss thunlichst bei Seite schieben wollen, und daß er andererseits der Beseitigung oder Umgehung der Gemeindeverwaltung durch wählerische Parteimänner möglichst Schranken setzt. Auch wir

hatten früher diese Ansicht, bis uns die Erfahrung eines andern belehrte.

Nehmen wir einen Fall aus dem Leben.

Ein Gemeindevorsteher hat in einer Gemeindegangelegenheit, z. B. bei Einhebung und Verwendung von Konkurrenzbeiträgen zu irgend einem öffentlichen Zwecke Anlaß zu begründetem Verdachte eines unzumuthigen oder gar unlauteren Gebahrens gegeben, wobei eine Gemeindeauschuss-Versammlung dringend noth thut, um das Interesse der Gemeindeglieder zu wahren, und durch eine Auseinandersetzung oder Rechenlegung die Sache ins klare zu stellen. Weitere Schritte hängen von dieser Klarstellung ab. Eile thut noth, denn bei Verschleppung der Angelegenheit kann die etwa nöthig werdende Sicherstellung der Gemeinde-Forderung an ihren Vorsteher illusorisch werden.

Der Gemeindevorsteher beruft keine Ausschussversammlung, trotzdem sie von einem Drittheile der Ausschüsse, oder von der politischen Bezirksbehörde, oder vom Landesauschusse verlangt wurde, und trotzdem er nicht verhindert ist zu fungiren, und sonach die Versammlung zu berufen.

Da er nicht verhindert ist, darf sein Stellvertreter es auch nicht thun, bei Gefahr der Ungültigkeit der Versammlung.

Der § 92 bietet zwar Abhilfe, aber nur auf langsame, somit die Interessen der Gemeinde nicht hinreichend schützende Art. Er lautet:

„Der Landesauschuss kann Mitglieder des Gemeindevorstandes, welche ihre Pflichten in den Geschäften des selbständigen Wirkungskreises verletzen, mit Ordnungsstrafen bis 20 fl. belegen. Bei grober Verletzung oder fortdauernder Vernachlässigung ihrer Pflichten können dieselben von der politischen Landesstelle im Einverständnisse mit dem Landesauschusse ihres Amtes entsetzt werden.“

Es muß also das Ausschussdrittel oder die politische Bezirksbehörde nach vergeblich verlangter Einberufung einer Ausschussversammlung sich an den Landesauschuss wenden; der kann wohl ein Pönale diktiren, aber eben so wenig wie die politische Behörde den Ausschuss einberufen. Es dürfte dann erst die fortdauernde Vernachlässigung abgewartet werden, bis in schriftlicher Verhandlung mit der Landesbehörde die Amtsentsetzung erwirkt wird. Mittlerweile sind viele Wochen mindestens vergangen und kann das früher vorhandene, Pfandsicherheit bietende Besigobjekt des Gemeindevorstehers aus dem Besitze desselben gekommen, oder das Interesse der Gemeinde in anderwärtiger Weise dauernd empfindlich geschädigt sein, während bei ausreichender Vorsicht des Gesetzes in rascher Weise eine Ausschussversammlung einberufen, und der beanstandete Gegenstand in's klare gebracht sein könnte.

Es wäre sonach zum letzten Absatze des § 41 ein Zusatz wünschenswerth und nothwendig, beiläufig folgenden Inhaltes:

„Ist bei der verlangten Ausschussversammlung das Privatinteresse des Gemeindevorstehers betheiligigt, so ist sein Stellvertreter verpflichtet und berechtigt, die Versammlung selbst einzuberufen, wenn der Gemeindevorsteher die Einberufung nicht binnen der ersten 8 Tage nach bekannt gewordenem Verlangen verfügt, daher die Aufforderung zur Einberufung von den Ausschussmitgliedern, der politischen Bezirksbehörde oder dem Landesauschusse in solchen Fällen auch dem Stellvertreter des Gemeindevorstehers mitzutheilen ist.“

In solcher Weise könnte die Angelegenheit, die auszutragen ist, nicht verschleppt und das betheiligte Interesse möglichst gewahrt werden.

Es wäre damit ein Schutz gegen solche, wohl

## Jeuilleton.

### Aus einem Jesuitenkollegium.

Bei der geräuschlosen Thätigkeit, welche die Jesuiten in Frankreich wie anderwärts zur Wiedererlangung ihres verlorenen Einflusses entfalten, spielt der Jugendunterricht mehr denn je eine hervorragende Rolle. Durch die Erziehung und die Ausbildung der heranwachsenden Generation im Sinne des Ordens soll dem letztern ein Theil desjenigen Terrains zurückerobert werden, den er an die Generation, die sich in freierer Zeit ihr Wissen erwarb, verlor. Großartig errichtete, reich dotirte, Einem Willen unterworfenen Anstalten betreiben dieses Konkre-Reformationswerk in so umfassender Weise, daß es kaum einen Stand, nicht einmal den des Willkürs gibt, für welchen nicht die Jesuitenschulen Stellen liefern. Den Index dessen, was in diesen Schulen gelehrt wird, findet man im Syllabus und in der Enzyklika.

Wie gelehrt wird, darüber hat ein im vorigen Monate vor dem Justizpoliziergerichte in Bordeaux abgeführter Strassfall Enthüllungen gebracht, welche

die französischen Tagesblätter noch heute lebhaft beschäftigen und vollends jene im klerikalen Lager nicht zur Ruhe kommen lassen.

In dem in Rede stehenden Prozesse waren zwei Patres des Jesuitenordens, die Patres de la Zudie und Commire, Studien-Präsekt und Unter-Präsekt im Kollege de Tivoli, speziell der Mißhandlung eines dem Kollege anvertrauten Knaben, des jungen S'geral, beschuldigt.

Kosel S'geral, 13½ Jahre alt, etwas lebhaften Naturells, war im Verlaufe des Vormittags des 22. Novembers v. J. bei zwei verschiedenen Gelegenheiten mit einem seiner Kollegen in Streit gerathen. Beide male endete der Streit damit, daß er seinen Kollegen aus der Nase bluten machte. In Folge dieses Vorfalles wurde ihm der Befehl, in den Karzer zu wandern. S'geral gehorchte. Die Mittagszeit verfloß, ohne daß man seiner gedachte. Um 2 Uhr bat der Knabe, der seit halb 8 Uhr nichts gegessen hatte, um Brot. Erst um 4 Uhr und ein zweitesmal um 8 Uhr erfüllte man seine Bitte und gewährte ihm ein Stück Brot. Um 10 Uhr, wo nach der Hausordnung sich schon alles zur Ruhe begeben hatte, erschien der Unter-Präsekt, Pater Commire, in der Zelle des Knaben und befahl diesem seine Beinkleider abzulegen, um eine Geißel-

ung zu empfangen. Nach einigen Widerreden fügte sich der Knabe.

Darauf zog der Pater eine Geißel hervor, deren Anblick des Knaben so erschreckte, daß er voll Bangen an den Unter-Präsekten die Frage richtete, ob er etwa damit gezüchtigt werden solle. Anstatt zu antworten, bemächtigte sich der Pater Commire des Knaben und prüfte dessen Kopf zwischen seine Beine. In dieser Situation begann die Geißelung, in deren Verlauf es dem jungen S'geral gelang, sich loszumachen und nackt, wie er war, in das Zimmer des Präsekten zu fliehen. Dieser, von dem Knaben um Mitleid gefleht, lieferte ihn wieder an den Pater Commire aus, welcher das Züchtigungswerk von neuem fortsetzte und dann (um das Schreien des Knaben zu ersticken) dessen Gesicht in einen Bettpolster preßte.

Darauf wurde S'geral, — nebenbei bemerkt, ein schwächliches Kind — nackt, aus den Wunden, welche die Geißel gemacht hatte, blutend, in sein fates Gefängniß, in welchem er nicht einmal ein Bett fand, zurückgebracht und später erst in das allgemeine Schlafzimmer entlassen.

Dies der Sachverhalt, wie ihn ein Schreiben des Vaters des mißhandelten Knaben zur gerichtlichen Kenntniß brachte, und wie er durch die Fest-

seltene, markirte Fälle geschaffen. Gegen die nicht gar seltene Saumseligkeit in der Einberufung der halb-jährigen Ausschußversammlungen bietet das Gesetz hinreichenden Schutz, wenn nur die Kontrollbehörden einerseits konsequent sich über die wichtigeren Vorgänge in den einzelnen Gemeinden in Kenntniß erhalten, und wenn dafür gesorgt wird, daß die Ausschüsse ihre Rechte und Pflichten kennen. Gegen die Indolenz der Ausschußmitglieder würde die Kontrolle der höheren Organe, gegen die Nachlässigkeit oder Alleinherrschaft der Gemeindevorsteher dann die Kontrolle durch die Ausschußmitglieder Schutz bieten. Leider dürfte freilich nach beiden Seiten hin manchmal ein gewisses Ueberlassen vorherrschen; denn es ist kaum zweifelhaft, daß in manchen Gemeinden die regelmäßigen vierteljährigen Versammlungen unterbleiben und der Gemeindevorstand so ziemlich alle Macht ausübt. Doch darüber ein andermal.

## Reichsraths-Verhandlungen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. d. M. übergibt der Minister des Innern einen Gesetzentwurf über die Bildung von Aktien- und Kommanditgesellschaften, dann über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der parlamentarischen Behandlung.

Der Finanzminister übergibt dem Hause eine Darstellung der in dem Salzwerke von Wieliczka eingetretenen Katastrophe.

Dr. Roser beantragte die Verlesung einer Petition des Grazer demokratischen Vereins um Aufhebung des Pott's. Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Berger und Genossen interpelliren den Minister für Landesvertheidigung, ob und welche Schritte dieser unternehmen wolle, damit auch mittellose einjährige Freiwillige der im Gesetze begründeten Wohlthat theilhaftig werden, nicht einkasernirt werden zu müssen.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit wird hierauf die vom Abg. Brocholski und Genossen eingebrachte Interpellation verlesen. Dieselbe enthält die einzelnen Bestimmungen der bekannten Resolution des galizischen Landtages und schließt mit der Frage: Wann die Regierung die Resolution dem Hause vorlegen werde? Die Interpellation trägt die Unterschrift aller Mitglieder der galizischen Fraktion.

Zur Tagesordnung übergehend, erhält Abgeordneter Roser das Wort zur Begründung seines Antrages bezüglich der Abkürzung der Arbeitszeit in den Fabriken und Verhinderung, daß Kinder unter 14 Jahren in den Fabriken beschäftigt werden. Er thut auf Grund seiner ärztlichen Erfahrungen den nachtheiligen Einfluß einer übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit auf den menschlichen Organismus und den Nachtheil

einer zu frühen Verwendung von Kindern in den Fabriken dar. Auf der Galerie haben sich mehrere Führer und andere Mitglieder des Arbeitervereines eingefunden, die den Vortrag des Redners an einzelnen Stellen mit Bravorufen begleiten. Der Präsident sieht sich daher im Verlaufe der Rede veranlaßt, an die Galerie eine Ermahnung zur Ruhe zu richten.

Den Vorwurf, daß die Arbeiter ihre Lage verbessern könnten, wenn sie nicht den größten Theil der Arbeitszeit im Wirthshause zubrachten, weist Redner mit der Bemerkung zurück, daß der schlechte Stand des Volksschulwesens und der miserable Zustand der Arbeiterwohnungen die Schuld trage, daß der Arbeiter gar zu gern das Wirthshaus aufsuche.

Redner schließt mit der Bitte: Es sei zur Vorberatung seines Antrages ein aus 12 Mitgliedern bestehender Ausschuß aus dem ganzen Hause zu wählen. (Das Haus beschließt in diesem Sinne.)

Minister Br e s t e l begründet nun die Regierungsvorlage, durch welche das Ministerium ermächtigt werden soll, ein Uebereinkommen mit der ungarischen Regierung in Betreff der Feststellung der Auslagen für das Bollgebäude zu schließen. Das Haus beschließt auf Antrag des Abg. Dr. Kaiser, diese Regierungsvorlage dem Finanzausschusse zuzuweisen.

Hierauf folgt auch die Zuweisung der übrigen von der Regierung in der letzten Sitzung eingebrachten Vorlagen an die betreffenden Ausschüsse. Es wird die Vorlage über den Abschluß eines Telegrafenvortrages mit den zum deutsch-österreichischen Telegrafenverein gehörigen Regierungen und der Gesetzentwurf über die Volkszählung, welcher festsetzt, daß die erste Volkszählung nach dieser Vorschrift in allen im Reichsrathe vertretenen Ländern im Jahre 1870 vorgenommen und alle zehn Jahre wiederholt werden soll, dem volkswirtschaftlichen Ausschusse, die Vorlage über Rückzahlung des galizischen Nothstandsdarlehens dem Budgetausschusse und jene über die Errichtung von Gewerbegerichten dem Ausschusse, der die Konkursordnung berathen hat, zugewiesen.

Den weitaus größten Theil der Sitzung nahmen die Referate der Petitionskommission in Anspruch, die zumeist persönliche Gesuche betrafen und der Regierung „zur Würdigung“ übergeben wurden, darunter eine größere Zahl Petitionen von Wiener und steierischen Arbeitervereinen um Aufhebung der Zwangsgenossenschaften.

Die Sitzung schloß nach 2 Uhr; die nächste wurde für Freitag bestimmt.

## Bekannter Patriotismus.

Ein bekannter deutscher Dichter und politischer Gesinnungsgenosse schreibt der Tagespost aus einer norddeutschen Stadt:

wenn sein Sohn in der Manier des jungen Ségéral behandelt worden wäre, er nur dankbar sein würde. „Mir ist es lieber,“ sagt er emfatisch, „daß mein Sohn im Alter von 12 Jahren gezeigelt werde, als daß er im Alter von 30 Jahren einen unehrenhaften Charakter zeige.“

Präs.: Sie können den Vätern Jesu nicht ein Recht einräumen, das Sie nicht haben. Auch die Eltern haben nicht das Recht, ihre Kinder zu mißhandeln. Und sagen Sie aufrichtig, wenn man Ihrem Sohne das Hemd durch Geißelhiebe zerissen (das zerfetzte, blutbefleckte Hemd des Knaben wurde von den Angeklagten agnoszirt), seine Schreie erstickt, seinen Körper wundgepeitscht hätte, wären Sie damit einverstanden? — Zeuge: Ja, wenn er es verdient hätte.

Präs.: Gehen Sie, Sie glauben sich noch am Pord. (Zeuge ist nämlich ein pensionirter Marine-Offizier.) Das ist eine Behandlung, wie sie Schiffsjungen gegenüber vielleicht erlaubt ist.

Der General-Advokat: Auch Schiffsjungen gegenüber nicht. Die „Rage“ ist verboten.

Präs.: Ich wiederhole Ihnen, mein Herr, daß diese Erziehungsmittel weder vom Gesetze, noch dem Verstande, noch der Moral gebilligt werden. Auf diese Weise kann man nicht hoffen, das Herz und

„Der politische Horizont ist sehr unwidlich und Preußen und Rußland führen gegen Euch Desterreicher nichts geringeres als die Zertrümmerung Eures Staates im Schilde. Es bedarf einer Götterkraft, diesen Streich, der nur eine Frage der Zeit mehr ist, abzuwenden. Ihr Desterreicher seid leider auf halbem Wege stehen geblieben; mit bloßen papiernen Freiheiten langt man nicht aus. Wäret ihr entschieden und rasch in den Freiheitsfragen vorwärts gegangen, hättet Ihr das Konkordat nicht bloß zerlöschert (Vöcher kann man bekanntlich oft sehr gut verstopfen), sondern total über den Haufen geworfen, ganz Deutschland hätte Euch zugejauchzt, und Preußen wäre nicht oben angekommen, trotz seiner Zündnadelgewehre. Eure Staatsmänner verstehen es nicht, den Moment zu benützen, und das ist der Fluch, der auf Eurem schönen Desterreich lastet.“

Leider, bemerkt dazu das genannte Blatt, bleiben solche wohlgemeinte Urtheile bei jenen Herren, an deren Adresse sie gerichtet sind, unbeachtet und unwürdig.

Man erkennt noch immer in Regierungskreisen, daß es die Oppositionspresse vorzugsweise ist, welche gewissenhaft die Interessen des Staates und nur diese wahrnimmt. Man sollte es achten und nicht — wie es thatsächlich geschieht, — verdammten, daß unabhängige Blätter die Reichsinteressen höher stellen, als die Interessen einiger wenigen Personen, welche durch die Wogen der Zeit heute zum Machtbesitz gelangen, um morgen von ihnen weggeschwemmt zu werden.

Wie mitgetheilt wird, hat man die jüngst in mehreren Residenzblättern erschienenen eindringlichen Artikel, welche eine Reform des Herren- und Abgeordnetenhauses lebhaft begehren, in gewissen Kreisen mit einem besonderen Mißbehagen gelesen, und doch sind sie nur der reinen Absicht entstammt, dem Reichsgemeinwesen förderlich zu sein. Wann wird man das einsehen lernen?

## Die Stimmung in Dalmatien.

Wie die Bevölkerung Dalmatiens über die Zugehörigkeit dieses Landes in ihrer Majorität denkt, dafür liefern die folgenden Telegramme entsprechende Belege:

1.

Dem Abgeordneten Dr. Capenna in Wien.

„Die Hauptstadt Dalmatiens, indem sie in den Beifall des Hauses einstimmt, dankt dem Ministerium für die den ehrenwerthen Interpellanten ertheilte kategorische Antwort und bittet den Abgeordneten Capenna, der Dolmetsch der dankbaren Ge-

stellungen des Arztes, welcher den Knaben untersucht und an dessen Körper vom Kopf bis zu den Füßen die blutigen Spuren der erlittenen Mißhandlungen gefunden hatte, bestätigt wurde.

Die gerichtliche Untersuchung erhärtete nicht bloß diese Details, sie brachte neue zu Tage; es zeigte sich, das das Gefängniß- und Geißelungssystem zu den Regeln des Hauses gehörte, daß die Zöglinge dies wußten, sich gegenseitig davon erzählten, daß es mehrere Gefängnisse gab, und daß die Geißelung irgend einem „Vater“ als Aufgabe zugewiesen war.

Auf diesen Thatsachen basirte die Klage, wie sie vor dem Zuchtpolizeigerichte verhandelt wurde. Sie endete zu Ungunsten der beiden Angeklagten trotz aller Anstrengungen, die gemacht wurden, um die Richter irre zu führen. Charakteristisch in dieser Beziehung ist der Umstand, daß zwei Knaben, in der Untersuchung als Belastungszeugen vernommen, in der Verhandlung sich als Entlastungszeugen entpuppten. Der eine erklärte sich als Vögner, während der zweite behauptete, daß die Geißelung, die ihm zu Theil wurde, nur erfolgte, weil er sie verlangte, um seinen Fleiß anzuspornen.

Nicht genug damit, präsentirte sich noch unter den Entlastungszeugen ein Vater, der erklärt, daß,

den Verstand der Kinder zu bilden. (Beifall im Auditorium) Präs. (zu dem Publikum): Ich bitte, sich ruhig zu verhalten. Ich habe nicht Beifall gesucht, ich habe nur meiner Pflicht als Präsident gemäß, als guter Familienvater und als Ehrenmann Gefühlen Ausdruck gegeben, die in der menschlichen Natur liegen.

Das Tribunal erklärte in Erwägungen, die eine scharfe Verdammung der der im Kollege de Livoli üblichen Erziehungsmethode enthalten, daß, da es sicher ist, daß weder Natur noch Gesetz den Vätern Züchtigungen gestatten, welche in Grausamkeiten oder Mißhandlungen ausarten; da die Lehrer sicherlich nicht Rechte beanspruchen können, welche die Eltern nicht einmal haben; da die Angeklagten an Ségéral Gewaltthätigkeiten verübten, welche veritable Ausschreitungen sind, die unter das Strafgesetz fallen; da endlich dieser Mißbrauch des Züchtigungsrechtes sich bei anderen Schülern wiederholte, die Angeklagten Juddie und Commire zu zehn Tagen Einsperrung und 300 Franken Entschädigung an den Vater Ségéral's zu verurtheilen seien.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, welche Aufregung ob dieses Urtheiles in den klerikalen Kreisen herrscht. In Adressen, Zertifikaten und Zeugnissen, welche mit den bekannten Mitteln her-

stimmungen einer jubelnden Bevölkerung sein zu wollen.

C. o. V e g n a, Bürgermeister."

2.

Die Gemeinde Ragusa an den Minister Dr. G i s t r a in Wien.

„Ragusa, dankbar für den definitiven Beschluß, daß Dalmatien zu Cisleithanien gehöre, gibt der lebhaftesten Erkenntlichkeit hierüber Ausdruck.“

Die Gemeinde."

3.

An Se. Excellenz den Minister des Innern, Dr. G i s t r a, in Wien.

„Die Gemeinde S e b e n i c o, lebhaft befriedigt und erfreut durch die von Eurer Excellenz dem Reichsrathe ertheilte Antwort, welche die staatsrechtliche Stellung des autonomen Dalmatiens im Verbands der cisleithanischen Provinzen bestätigt, bringt Eurer Excellenz den gefühltesten Dank dar.“

Die Gemeindeverwaltung.

Dr. F r a r i, Bürgermeister. Assessoren: De F e n z i, Dr. G a l v a n i, Dr. M i t t i s, Dr. J u l i a n i, Dr. L o c a s, Dr. D r a g a n i c h - B e r a n z i a."

4.

An Se. Excellenz den Minister des Innern in Wien.

„Spalato jubelt, und indem es die Hand segnet, welche das Damoklesschwert, das die Ursache so vieler Bitterkeiten für unser Dalmatien war, zerbrach, spricht es hiefür Eurer Excellenz seinen lebhaftesten und aufrichtigsten Dank aus; wünscht, daß die Zukunft den hochherzigen Bemühungen eines Ministeriums günstig lächle, welches mit edlem Sinne und mit so viel Pöalität unser Reich regenerirt, und ruft in wahrhaft treuer Ergebenheit aus: Es lebe Se. Majestät der Kaiser und König Franz Josef I.! Es lebe das autonome Dalmatien!“

Dr. B a j o m o n t i, Bürgermeister. Assessoren: Dr. G i o v a n n i z i o, Dr. K a d m a n, Dr. D e g l i A l b e r t i."

## Zum Schluß der Konferenzen.

Nachdem nunmehr, einer telegrafischen Nachricht aus Konstantinopel zufolge, auch Djemil Pascha den Auftrag erhalten hat, das Konferenzprotokoll zu unterzeichnen, ist daselbe in diesem Augenblicke wohl schon perfekt und fehlt nur mehr, daß Griechenland sich den Konferenzbeschlüssen fügt. In letzterer Beziehung gibt man sich noch immer keinen sanguinischen Hoffnungen hin.

Was das weitere diplomatische Verfahren betrifft, so wird versichert, daß die Konferenz einen Sekretär entsenden werde, der griechischen Regierung

beigeschafft werden, wird gegen einen richterlichen Spruch agitirt, der nicht dulden will, daß der schwächliche Leib eines Knaben „sicul ac cadaver“ behandelt wird. Sogar die Namen und Briefe der Kirchenfürsten werden von dem Rektor des Kollège de Trivoli in den Libellen, die er zur Ehrenrettung seiner Anstalt verbreitet, zu Agitationszwecken benutzt. So veröffentlicht er auch ein Schreiben, in welchem der Kardinalerzbischof von Bordeaux, Kardinal Donnet, sich über die Affaire in folgender Weise äußert: „Mein ehrwürdiger Vater! Herr Gervais theilte mir in einem rührenden Briefe die Details der unglücklichen Angelegenheit mit. Die Journale haben mir das weitere gesagt. Wie habe ich darüber geseufzt. Das ist eine Prüfung, nicht bloß für Sie und die Ihrigen, sondern auch eine sehr empfindliche Prüfung für uns alle. Lassen Sie sich deshalb nicht niederdrücken, Gott wird das Maß der Hilfe, deren Sie bedürfen, nach der Größe des Uebels einrichten, das wir alle beklagen. Sie haben nicht bloß alle Mitglieder des Klerus, sondern die ganze Diözese, welche Ihren Schmerz theilt, für sich! . . . Ganz der Ihrige Ferdinand Kardinal Donnet.“

daselbe zu notifiziren, nach deren Zustimmung würde die Pforte ersucht werden, das Ultimatum zurückzuziehen. Die Konferenz wird sich in Permanenz betrachten, so lange als die Antworten von der Türkei und Griechenland fehlen.

Wie schon ein Pariser Blatt gemeldet, berichtet nun auch die „Indep. Belge“, daß im Schoße der Konferenz eine lange und sehr lebhafte Debatte anlässlich eines Vorschlages Djemil Paschas stattgefunden. Der Vertreter der Pforte verlangte nämlich, daß im Interesse des Friedens die versammelten Mächte die Erklärung abgeben, im Falle eines Krieges zwischen der Pforte und Griechenland sich jeder Intervention zu enthalten. Ueber das Schicksal dieser Forderung, welche auch vom Fürsten Meternich lebhaft unterstützt wurde, verlautet jedoch nichts sicheres. Die Majorität der Kommission hat sich zwar für die Nichtintervention ausgesprochen, doch soll dessen in der Schluß-Deklaration nicht erwähnt werden. In Wiener politischen Kreisen erzählt man, daß eine unbedingte Verpflichtung zur Neutralität, falls es zum Kriege zwischen der Pforte und Griechenland kommt, Rußland nicht übernehmen zu können erklärt hat. Auch in dieser Beziehung, was die Lokalisierung des eventuellen Krieges betrifft, wurde also nichts Beruhigendes zu Stande gebracht.

Die Pforte macht in ihren Rüstungen die großartigsten Vorkehrungen. Damit diese nicht unterbrochen werden, hat, wie man aus Konstantinopel berichtet, die Pforte von dortigen Vanquiers drei Millionen Piaster auf Wechsel entliehen. Alle Arsenalen des Reiches sind in fieberhafter Thätigkeit, und innerhalb drei Wochen dürften vier große Kriegsschiffe vom Stapel gelassen werden. Von den Dardanellen-Schlössern sind große Belagerungsgeschütze eingeschifft worden für Volo. Auch sind dieser Tage bei 50 gezogene Geschütze sammt einer großen Quantität Munition nach Thessalien abgegangen. Es ist fast unmöglich anzunehmen, daß bei der ungemeinen Bereittheit, die in Konstantinopel und noch mehr in Athen herrscht, der Friede wird erhalten werden können. Auch gehen in Athen die Rüstungen ununterbrochen vor sich.

## Politische Rundschau.

Laibach, 21. Jänner.

Ueber die Antwort, welche das Ministerium auf die galizische Interpellation geben wird, geben sich, wie aus Wien gemeldet wird, die galizischen Abgeordneten keinen Illusionen hin. Für sie ist es kein Geheimniß, daß der Minister des Innern schon in der nächsten Freitagssitzung eine Erklärung dahin gehend abgeben wird, die Regierung sei nicht gewillt, die in der Resolution des galizischen Landtages zusammengefaßten Wünsche vor die Reichsvertretung zu bringen. Die polnische Fraktion wird hierauf einen zweiten Schritt thun, von dem sie sich ein günstigeres Resultat verspricht. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach unmittelbar nach der ministeriellen Erklärung von der Fraktion der Antrag gestellt werden, das Hans möge die Vorlage der Resolution verlangen. Von der Art und Weise, wie dieser Antrag im Abgeordnetenhaus aufgenommen werden wird, soll das weitere Verbleiben der Polen im Reichsrathe abhängen. Zeigt sich das Abgeordnetenhaus entgegenkommend, dann bleiben die galizischen Abgeordneten auf ihren Posten; im andern Falle dürfte, wie die Dinge heute liegen, der polnische Klub beschließen, die Heimreise sofort anzutreten.

Die große Rede And r a s s y's, die noch immer die Zeitungen stark beschäftigt, gibt dem „Vaterland“ Anlaß zu einer sehr merkwürdigen Enthüllung. Anknüpfend an die Bemerkungen And r a s s y's, daß das Delegationsystem sich auch für andere Länder als zweckmäßig herausstellen werde, erklärt das „Vaterland“, daß es mit diesem System einverstanden sei, und daß diese Institution im „historischen Leben Oesterreichs begründet“ wäre. Den Beweis für die letztere Behauptung bleibt das feu-

dale Blatt schuldig, dafür schreibt es: „Wir konstatiren, daß der einflußreichste Staatsmann Ungarns einen böhmischen Parteiführer geradezu auf-forderte: die Delegationsinstitution für Böhmen zu verlangen, oder mit anderen Worten: Ungarn wird einer föderalistischen Konstruirung Oesterreichs nicht nur nicht entgegengetreten, sondern derselben entgegenkommen.“ Die Organe des Grafen And r a s s y mögen diese Enthüllung dementiren. Geschicht das nicht, dann ist der Beweis geliefert, daß der ungarische Ministerpräsident sich in ernste Verhandlungen mit den verfassungseindlichen Parteien in Westösterreich eingelassen hat. Dann gewinnt auch der Konflikt, der vor einigen Wochen zwischen dem Grafen Beust und And r a s s y bestand, eine noch tiefere Bedeutung und das „Vaterland“ bezeichnet diese mit den Worten: „Graf And r a s s y habe in seiner Wahlrede noch etwas anderes kandidirt, als einen Sitz im Pester Abgeordnetenhaus.“ Es wird das die Reichskanzlerschaft sein, meint das „Br. Tgbl.“ die ihm die Feudal-föderalen gerne anheim gehen würden, wenn er ihre Pläne verwirklicht.

Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß eine Unterredung des am 18. d. in Wien eingetroffenen Prinzen Alexander von Hessen mit dem Kaiser stattgefunden habe. Prinz Alexander, Schwager des Czaren, sah auch den Grafen Beust, zu welchem er sich beruhigend über die friedliche Politik Rußlands aussprach.

## Zur Tagesgeschichte.

— Der Prinz und die Prinzessin von Wales treffen heute in Wien ein und steigen in der Hofburg ab.

— An der Spitze ihres amtlichen Theiles veröffentlicht die Linzer Zeitung nachstehende Kundmachung: „Aus Anlaß eines vorgekommenen Falles werden die Parteien in ihrem eigenen Interesse aufmerksam gemacht, daß die bei dem bischöflichen Ordinariate vorgenommenen gerichtlichen Verhandlungen in Ehe-sachen null und nichtig sind und keine wie immer geartete Rechtswirkung erzeugen können, indem durch das Gesetz vom 25. Mai 1868 die Gerichtsbarkeit in Ehe-sachen wieder ebenso, wie dies auch bis zum 1. Januar 1857 der Fall war, ausschließlich den weltlichen Gerichten zusteht. K. k. Landesgericht Linz, den 14. Januar 1869. Der k. k. Landesgerichtspräsident: Ritter von Czerny.“

— Die Wahl eines Landtagsabgeordneten für die Landgemeinden des Wahlbezirkles Eilli, umfassend die vormaligen politischen Bezirke Eilli, Franz, Oberburg, St. Marein, Tüffer und Sonobitz, wurde für den 1. März in Eilli und jene für die Landgemeinden des Wahlbezirkles Marburg, umfassend, die vormaligen politischen Bezirke Marburg, Windischfeistritz, St. Leonhard, für den 27. Februar in Marburg ausgeschrieben.

— Aus Wien, 16. Jänner wird geschrieben: Wegen Diebstahl befand sich heute der Urlauber Josef Kerkerbaum vor Gericht, ein Mann, der sich durch das merkwürdige Schicksal auszeichnet, daß er bereits dreimal zum Tode verurtheilt gewesen. Die Ursache der Verurtheilung war diesmal das Verbrechen der (wiederholten) Desertion, und wurde die Strafe nicht vollzogen, weil jedesmal eine Begnadigung folgte. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß er nicht die Fassung verlor, als ihm vom Präsidenten eine achtzehnmönatliche Kerkerstrafe verklündet wurde.

— Szemere, im Jahre 1848 Minister des Innern in Ungarn, ist in einer Irrenanstalt gestorben.

— Aus Pötschach am Wörthersee schildert der „Wanderer“ folgenden Fall riesigen Aberglaubens: Das Oberhaupt einer sehr achtbaren Familie dort leidet schon viele Jahre an der Gicht und ein darüber befragter Aterarzt erklärt ganz unumwunden, daß ihm dies angethan worden sei. Ein weiterer Aterarzt bestätigt dies und gibt dem Kranken drei Riemens mit drei Knöpfen mit der Weisung, daß, wenn er diese neun Tage im Hause habe und während dieser Zeit nur mit seinem Weibe sprechen werde, so werde die Gicht von ihm weichen. Das Haus wird nun förmlich versperrt, und um jeder Versuchung zum Reden

zu entgehen, sogar die Magd entlassen, — aber die neun Tage sind vorüber und die Gicht noch immer nicht weg. Das Geschickliche ist reine, lautere Wahrheit und beweist, wie arg es diesfalls noch in Kärnten befestigt ist.

### Ein Bestechungsprozess.

Charakteristisch für die Art und Weise, wie man mitunter Eisenbahnkonzessionen erwirkt, ist ein Vorfall, der in Pest viel besprochen wird. Zwei Brüsseler Bankiers, die Herren Olet von Mons und Ch. Langlois, welche die Konzession der Altofen-Neu-Ezönyer Lokomotiveisenbahn betreiben, haben an den ungarischen Staatssekretär Ernst Hollan unter dem Datum: Pest, 24. November 1868, ein Schreiben gerichtet, in dem sie behaupten, es sei für sie von ungeheurem Interesse, daß der auf diese Konzession bezügliche Vertrag sobald als möglich abgeschlossen werde, und um die nöthigen Instruktionen, so wie um die Angabe der Zeit bitten, wenn sie nach Pest kommen sollten.

Diesem Schreiben war folgende in französischer Sprache abgefaßte, auf den Vorzeiger lautende Anweisung beigegeben: „Mandat au porteur, auszuzahlen bei der Kasse des Herrn Olet van Mons in Brüssel, Place Roupe, Nr. 2. Zwei Monate vom Datum jener königlichen Verordnung, welche die Konzession der Altofen-Neu-Ezönyer Eisenbahn uns überträgt, verpflichten wir uns solidarisch, dem Vorzeiger dieser Anweisung den Betrag von 40.000 fl. ö. W. auszuzahlen. Von für 40.000 fl. ö. W. Ch. Langlois. Von für 40.000 fl. Olet van Mons.“

Diesen Brief nebst der beigegebenen Anweisung hat Herr Ernst Hollan, wie das ungarische Amtsblatt mittheilt, gleich nach Empfang dem Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen, Grafen Emerich Nito, zur weiteren Verfügung mitgetheilt.

Auf Grund des vom ungarischen Ministerrath in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlusses wird dieser Fall nebst dem Wortlaut der Anweisung mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß wegen Bestrafung der Anbotsteller, da die betreffenden Ausländer sind, die Verhandlungen im Wege des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bereits in Angriff genommen wurden.

### Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

#### Lokal-Chronik.

(Ballchronik.) Der gestrige zweite Kaffnoball war zwar besser besucht als der vorige, allein mit Rücksicht auf die vorgeschrittenen Faschingszeiten noch immer auffallend leer. Getanzt wurde sehr viel und animirt. — Am nächsten Samstag findet beim Herrn Landespräsidenten ein Théo dansant statt.

(Preisauszeichnung.) Der Ausschuss des hiesigen dramatischen Vereines hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Preis von 25 fl. für das beste slovenische Libretto einer komischen Oper auszusprechen. Der Einreichungstermin ist bis zum 10. April l. J.

(Der katholische Verein in Laibach) ladet zum Zwecke der Gründung einer Vereinsbibliothek seine Mitglieder zu Beiträgen an Büchern, Landkarten, Zeitschriften und Manuskripten ein.

(Die heurige Winterung der Bienen) flößt den Bienenzüchtern einige Besorgniß ein. Die milde Witterung zu Beginn des Winters ließ dieselben lange nicht zur Ruhe kommen und hatte zur Folge, daß die Futtervorräthe, die zu Ende des Winters vorhanden sein sollten, meist schon verzehrt sind. Außer der strengen Winterkälte, die unter den Bienenzüchtern die meisten Opfer fordert, droht ihnen die noch gefährlichere Hungersnoth mit dem Beginne des Frühjahr.

(Katholische und protestantische Konkurrenz in der Schule.) „Mieliski tovarš“ bringt ein Schreiben des krainischen Missionärs Pirz aus Amerika, worin dieser seinen Freunden mittheilt, daß er von einem Agenten der nordamerikanischen Regierung den Antrag erhalten habe, ob

er die Besorgung der indianischen Schule bei den Schipwey-Indianern um die Entlohnung jährlicher 2000 Dollars übernehmen wolle. Auch einem protestantischen Lehrer wurde der gleiche Antrag gemacht. Beide gingen darauf ein, und zwar mit dem Zusatze, daß derjenige, welcher bessere Leistungen aufzuweisen hat, den Lehrgelohn fortbeziehen soll. Jetzt heißt es sich spüten, um zu zeigen, wer mehr leistet. So schreibt ein 84-jähriger katholischer Priester aus Nordamerika. Welch greller Kontrast zwischen dieser Neußerung eines krainischen Priesters, die aus dem fernem Westen zu uns gelangt, und den hämischen Bemerkungen, welche bei uns von katholischen Kanzeln über den Besuch der hiesigen protestantischen Schule durch Kinder katholischer Eltern gemacht wurden. Was hält die „Danica“ von jener Konkurrenz zwischen dem Geistlichen Pirz und einem protestantischen Schullehrer? Ist dies bloß wilde Konkurrenz, oder sollte sie einem katholischen Geistlichen gar nicht gestattet sein?

(Tabors in Aussicht.) Auch in diesem Jahre wollen die untersteirischen Slovenen ihren Stammesgenossen mit dem Arrangement von Tabors mit gutem Beispiel vorangehen. Nach einer Mittheilung des „Slovenski narod“ sollen mit dem Beginne der besseren Jahreszeit drei Tabors abgehalten werden, einer im Friedauer Bezirke, der andere in Frauenheim (Bezirk Windisch-Feistritz), der dritte in Lichtenwald. Die Einberufung des letzteren soll vom Reichsrathsabgeordneten Lenček, welcher in Lichtenwald begütert ist, ausgehen.

(Erdbeben.) Den 2. d. M. wurde, wie wir nachträglich erfahren, am Fuße des Krimberges nächst Laibach zweimal ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt, die erste Erschütterung dauerte durch 3, die zweite durch 2 Sekunden.

(Theater.) Wir erinnern uns kaum, während der heurigen Theatersaison einer in allen Theilen so gerundeten Vorstellung beigegeben zu haben, als es die gestrige war. „Ein glücklicher Familienvater“, ein durch originelle Erfindung, trefflichen Situationswitz und drastischen Dialog ausgezeichnetes Lustspiel, ließ denn auch bei so vorzüglicher Vorstellung das Publikum nicht aus dem Lachen herauskommen und gewährte einen ungetriebenen Genuß. Den Preis des Abends müßten wir unbedingt Hrn. Konradin und Hrn. Bergmann zuerkennen, und war namentlich die „Klara“ Hrn. Konradins ein Duell unvergeßbaren Frohsinns und neckischer Laune. Aber auch den trefflichen Leistungen des Hrn. Arthur, sowie des Hrn. Stefan und Mathes zollen wir das gebührende Lob und anerkennen gerne, daß sie mit den ergebnanteten gleichen Antheil an dem vollständigen Erfolge haben. Leider war das Haus nur sehr schwach besucht. Hrn. Konradin und die Herren Bergmann und Stefan wurden wiederholt durch Beifall und Hervorruf ausgezeichnet.

### Aus dem Gerichtssaale.

Aburtheilungen beim k. k. Kreisgerichte Rudolfswerth am 14. und 16. Jänner 1869. Wegen Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung, Uebertretung des § 411 St. G. und wegen der Sicherheit des Eigenthums, § 468 St. G., und gegen 5 Personen, wegen Uebertretung des § 411 St. G. einbezogen 1 Person, dann wegen Verbrechen des Diebstahles 1 Person und wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit, 4. und 9. Falles, 2 Personen verurtheilt und 1 Person für nicht schuldig erklärt.

### Witterung.

Laibach, 21. Jänner.

Nachts heiter, starke Wärmeausstrahlung. Morgens und Vorm. dunstgefüllte Atmosphäre. Temperatur: Morgens 6 Uhr — 13.2°, Nachm. 2 Uhr — 4.7°. (1868 + 3.7°, 1867 — 1.6°). Barometer: 326.31“, im raschen Fallen, seit gestern Abends um volle 4 Linien gesunken. Ruhige Luft. Zunehmende Bewölkung, Volkenzug aus NW. Das gestrige Tagesmittel der Wärme — 9.3°, um 7.7° unter dem Normale.

### Angekommene Freunde.

Am 20. Jänner.

Stadt Wien. Thomann, Triest. — Renker, Kaufm., Wien — Wurmb, Privat, Posen. — Kunz, Kaufm., Wi u. — Knecht, Kaufm., Wien. — Simunich, k. k. Hauptmann, Rudolfswerth. — Sengar, Kaufm., Graz. — Kallitsch, Handelsm., Gottschee. — Wagner, Wien. — Tapp, Görz.  
 Triest. Marasutti, Handelsm., Venedig. — Moll, Handelsm., Graunig. — Höfner, Privat, Triest. — Chiop-

polini, Privat, Triest. — Valencic, k. k. Rittmeister, Feistritz. — Nemeš, k. k. Hauptm., Adelsberg. — Gabril, Weinbändler, Nabresina. — Koller, Realitätenbes., Untertrain. — Schwarz, Privat, Villach.

### Marktbericht.

Rudolfswerth, 19. Jänner. Die Durchschnittspreise auf dem heutigen Markt stellten sich, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	5	10	Butter pr. Pfund	—	50
Korn	4	20	Eier pr. Stück	—	11
Gerste	2	70	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1	80	Rindfleisch pr. Pfd.	—	20
Halbfrucht	4	50	Kalbfleisch	—	26
Heiden	3	20	Schweinefleisch	—	22
Hirse	2	88	Schäpffenfleisch	—	—
Kukurug	2	80	Hähdel pr. Stück	—	28
Erbsen	1	60	Tauben	—	20
Linfen	6	40	Heu pr. Centner	1	80
Erbsen	6	40	Stroh	1	10
Wispfen	4	48	Holz, hartes, pr. Kstf.	6	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	45	— weiches, „	—	—
Schweineschmalz „	—	45	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch, „	—	30	Eimer . . . . .	4	—
Speck, geräuchert, „	—	—	— weißer . . . . .	3	—

### Gedenktafel.

über die am 22. Jänner 1869 stattfindenden Visitationen.

1. Feilb., Pekar'sche Real., Straziß, 1020 fl., 2. G. Krainburg. — 3. Feilb., Sedmal'sche Real., Zagorje, 8. G. Feistritz. — 3. Feilb., Novak'sche Real., St. Veit, 8. G. Sittich. — 1. Feilb., Jutra'sche Real., Oberponike, 5500 fl., 2. G. Treffen. — 1. Feilb., Cerne'sche Real., Stockendorf, 350 fl., 2. G. Tschernembl. — 2. Feilb., Slavic'sche Real., Grafenbrunn, 8. G. Feistritz.

Erledigungen: Obergeringenstelle I und Ingenieurstelle I. Klasse für den Staatsdienst in Böhmen 1500 fl. und 1100 fl. Bis Ende Jänner beim Statthalter Präf. Prag.

### Theater.

Heute: Romeo und Julie.

Oper in 4 Akten von B. Bellini.

Personen: Capulet, Hr. Pichon. — Julie, Frä. Zellinell. — Romeo, Frä. Pichon. — Tybalt, Hr. Ander. — Lorenzo, Hr. Göttlich.

### Telegramme.

Berlin, 20. Jänner. Nach Meldung der Abendblätter wird sich der nächste Reichstag mit den Anträgen Badens, Baierns und Württembergs wegen Ableistung der Militärpflicht in der Bundesarmee und umgekehrt beschäftigen.

Paris, 20. Jänner. Heute fand eine Sitzung der Konferenz statt. Sonntag geht Walewski nach Athen mit einer Mission der Konferenz.

### Wiener Börse vom 20. Jänner.

Staatsfonds.	Geld	Ware	West. Hypoth.-Bank	Geld	Ware
Spec. österr. Währ.	57.90	58	97.50	98	—
dto. v. J. 1866	62.60	62.70	Prioritäts-Oblig.	—	—
dto. Rente, öst. Pap.	61.15	61.20	Städt.-Gef. zu 500 Kr.	108.40	108.80
dto. dto. öst. in Silber	65.90	66.10	dto. v. 6 p. Ct.	232	234
Loose von 1854	85	85.50	Verb. (100 fl. G.M.)	92	94
Loose von 1860, ganze	93.70	93.90	Städt.-B. (200 fl. G.M.)	84.40	84.60
Loose von 1860, Brünst.	99.25	99.75	Rudolfsb. (300 fl. G.M.)	84.75	85.25
Prämienl. v. 1864	115.30	115.50	Frank.-B. (200 fl. G.M.)	88	88.50
Grundentl.-Obl.	—	—	Loose.	—	—
Steiermark zu 5 p. Ct.	88	89	Sredit 100 fl. ö. W.	158.50	159
Kärnten, Krain	—	—	Don.-Famplich.-Gef.	—	—
u. Küstenland 5	86	94	zu 100 fl. G.M.	94	94.60
ungarn. „ zu 5	78.50	78.75	Triester 100 fl. G.M.	118	120
Kroat. u. Slav. 5	78	79	dto. 50 fl. ö. W.	56	57
Steierb. „ 5	73.75	74.25	Öfener „ 40 fl. ö. W.	33.50	34.50
Öfenerb. „ 5	—	—	Stitterb. „ 40 fl. ö. W.	—	—
Nationalbank	681	682	Salz „ 40	41	41.50
Kreditanstalt	257.60	257.80	Passy „ 40	33	33.50
N. ö. Escompte-Gef.	715	720	Stary „ 40	38	39
Anglo-österr. Bank	222	222.50	St. Genois „ 40	35	36
Deut. Credent.-A.	235	237	Pindischgrub „ 20	20	21
Deut. Hypoth.-Bank	207.50	208.50	Waldstein „ 20	22	23
Steier. Escompt.-B.	225	—	Stegewich „ 10	14.50	15.50
Kais. Ferd.-Rendb.	2025	2030	Rudolfsb. 10 fl. ö. W.	14.75	15
Städt. österr. Crefsch.	227.40	228.00	Wechsel (3 Wien.)	—	—
Kais. Elisabeth-Bahn	175.50	176	Augsb. 100 fl. ö. W.	100.75	101
Carl-Ludwig-Bahn	214.25	214.75	Frankf. 100 fl.	100.90	101
Lebens.-Eisenbahn	152	152.50	London 10 fl. Sterl.	120.30	120.50
Kais. Franz. Jelefch.	164	164.50	Paris 100 francs	47.80	47.90
Kais. Ferd. C. B.	165.75	166.25	Münzen.	—	—
Alföld-Fium. Bahn	151.50	152	Kais. Münz-Ducaten	5.69	5.70
Pfandbriefe.	—	—	100 Francoschuld.	9.61	9.62
Nation. ö. W. verlooff.	94.25	94.50	Kreisenthaler	1.77	1.77
Ang. Ferd.-Credentanz.	92.50	93	Silber	118.25	118.50
Alf. ö. P. Credent.	107.25	107.50	—	—	—
dto. in 33 k. rüd.	90	90.50	—	—	—

### Telegraphischer Wechselkurs.

vom 21. Jänner.

5perz. Rente österr. Papier 60.75. — 5perz. Rente österr. Silber 65.80. — 1860er Staatsanleihen 93.20. — Bankaktien 678. — Kreditaktien 256.10. — London 120.75. — Silber 118.50. — k. l. Dutaten 5.70%.